



**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Dr. Christian Ehler, CDU/EVP**

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im November 2013 ist in Europa wieder einiges passiert, über das ich Sie gerne informieren möchte. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. EU Parlament beschließt Forschungsprogramm Horizon 2020**
- 2. Vierte Europäische Kohletage in Brüssel**
- 3. „Meet your MEP“ – Journalisten begleiten EU-Parlamentarier**
- 4. EU-Finanzrahmen 2014-2020 verabschiedet**
- 5. Verteilung der Strukturfonds und Agrarsubventionen neu beschlossen**
- 6. Malala Yousafzai erhält Sacharow-Preis für geistige Freiheit**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 70

1. EU Parlament beschließt Forschungsprogramm Horizon 2020



Mit großer Mehrheit haben die Mitglieder des EU-Parlaments in der Plenarsitzung im November für das Horizon 2020 Paket gestimmt, für das Dr. Christian Ehler Doppelberichterstatler ist. Mit 79,4 Milliarden Euro ist Horizon 2020 das weltweit größte Finanzierungsprogramm für Forschung und Entwicklung. Es umfasst die Forschungsfinanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), über junge Unternehmer bis hin zu Universitäten und der Industrie. Gefördert wird der gesamte Innovationszyklus von einfacher Forschung über Pilotprojekte, bis hin zum Markteintritt des Produkts oder der Dienstleistung.

Horizon 2020 basiert auf drei Säulen:

1. *Wissenschaftsexzellenz (24,4 Milliarden Euro)*, welche die Ausbildung von Wissenschaftlern unterstützt, und ferner die Forschung nach innovativen Technologien und die Verbesserung der EU Forschungsinfrastruktur vorantreiben soll;
2. *Führende Rolle der Industrie (17,01 Milliarden Euro)*, welche für die Stärkung des europäischen Forschungsstandorts vorgesehen ist, indem FuE-Projekte vermehrt und großzügiger gefördert werden, und somit der Arbeitsmarkt im Bereich Forschung und Innovation stimuliert wird; und
3. *Gesellschaftliche Herausforderungen (29,68 Milliarden Euro)*, die u.a. in solchen Bereichen wie der Gesundheit, der Energie- und Umwelt sowie der zivilen Sicherheit ansetzt. Effektivere Forschung und Entwicklung soll hier bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Aufgaben in den kommenden Jahren helfen.

Die Beteiligung Brandenburgs am Vorgängerprogramm FP7 ließ bislang leider eher zu wünschen übrig, obwohl seit 2007 knapp 100 Millionen Euro aus der Brüsseler Forschungsförderung in die Region geflossen sind. Für die Wissenschaftsregion Brandenburg-Berlin könnte daher das neue Forschungsrahmenprogramm zur Überholspur in Richtung internationale Spitzenforschung werden. Unter anderem birgt die Beteiligung an der einzigartigen europäischen Verbundforschung, in der Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute und innovative Unternehmen aus aller Welt an gemeinsamen Projekten arbeiten, enorme Chancen. Für eine erfolgreiche Internationalisierung der brandenburgischen Forschungslandschaft und eine Steigerung der wissenschaftlichen Exzellenz im Land ist eine intensive Teilnahme an Horizont 2020 unerlässlich.

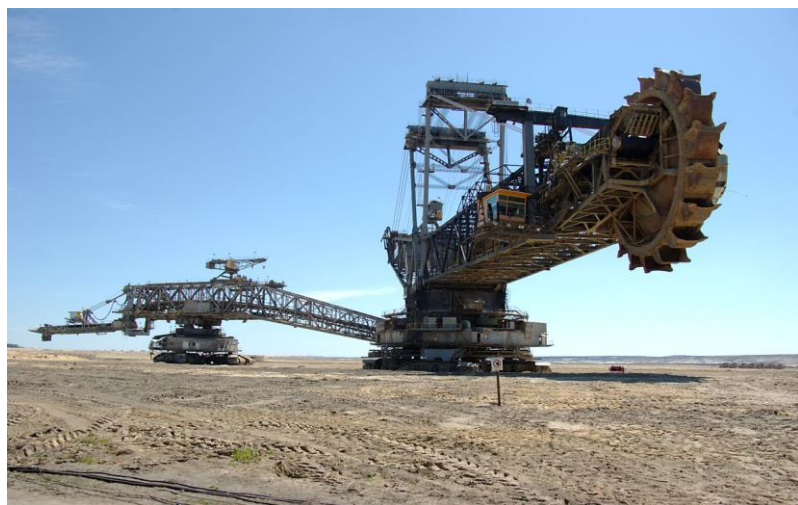
Dr. Christian Ehler hat sich in den letzten zwei Jahren als Berichterstatler gezielt dafür eingesetzt, dass Horizont 2020 für Brandenburger Forschungsakteure weit mehr Fördermöglichkeiten bietet als das FP7. Es wird zugeschnittene Förderinstrumente für innovative Unternehmen geben, einen stärkeren Bottom-Up-Ansatz und mehr Mittel für

regionale Schwerpunktthemen wie Verkehrs-, IKT- und Gesundheitsforschung sowie Energie- und Umwelttechnik.

Dr. Christian Ehler hat sich außerdem erfolgreich für eine verbesserte Beteiligung von strukturschwachen Regionen am Forschungsrahmenprogramm eingesetzt, von der auch Brandenburg bzw. alle ostdeutschen Regionen massiv profitieren können. Hierzu hat er das Konzept "Stairway to Excellence" wesentlich mitentwickelt und in die Gesetzesvorschläge zum Horizon 2020-Paket eingebracht. Dabei sollen durch eine Kombination der Mittel aus Strukturfonds- und Forschungsrahmenprogramm neue exzellente Forschungs- und Innovationszentren geschaffen werden, die als Wachstumsmotor für die Region fungieren können.

2. European Coal Days in Brüssel

Vom 12. bis 14. November fanden im Europäischen Parlament die vierten European Coal Days statt. Regelmäßig versammeln sich auf Einladung von Dr. Christian Ehler im Rahmen der European Coal Days und des European Round Table on Coal zahlreiche Akteure aus Politik, Forschung und Industrie im Europäischen Parlament in Brüssel, um über die Zukunft der Kohle



in einer CO₂-armen Gesellschaft zu diskutieren. Die Veranstaltung setzt sich zum Ziel, eine stärkere Anerkennung der Kohle innerhalb einer europäischen Energiepolitik und Anreize für den Einsatz und die Förderung CO₂-armer Technologien in der Kohlebranche zu erreichen sowie die Öffentlichkeit für die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen den drei zentralen Elementen einer effektiven Energiepolitik – Energiesicherheit, wettbewerbsfähige Preise und ökologische Nachhaltigkeit – zu sensibilisieren.

Als drittgrößter Verbraucher von Kohle (nach China und Nordamerika) baut die EU jährlich ca. 130 Millionen Tonnen Kohle ab. Des Weiteren ist die EU mit jährlich 210 Millionen Tonnen zweitgrößter Importeur von Kohle. Mit einem Kohleanteil von etwa 25% am regionalen Gesamtenergiemarkt ist innerhalb der EU davon auszugehen, dass die Kohle noch auf absehbare Zeit eine wichtige Rolle spielen wird.

Auch für das Land Brandenburg ist die Braunkohle eine wichtige heimische Ressource. In der Lausitz sichert Vattenfall mit der Kohleförderung 25.000 Arbeitsplätze und leistet einen wichtigen Beitrag für die Grundversorgung mit Elektrizität in einem zunehmend volatilen Strommarkt.

3. „Meet your MEP“ – Journalisten begleiten EU Parlamentarier

Oft fragen sich EU-Bürger, was genau in Brüssel alltäglich vor sich geht. Um dem vielfach kritisierten Transparenzproblem der europäischen Institutionen entgegenzuwirken, hat die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) das „Meet Your MEP“-Programm aufgesetzt. In diesem Rahmen lud Dr. Christian Ehler im November für drei Tage brandenburgische Journalisten nach Brüssel, um Ihnen einen tieferen Einblick in den Alltag von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und die Zusammenhänge der EU-Politik zu ermöglichen.

Die Journalisten besuchten u.a. die brandenburgische Landesvertretung, das Europaparlament und die Europäische Kommission. In zahlreichen Gesprächen, u.a. mit Mitgliedern des Kabinetts von Kommissionspräsident Barroso, gewannen die Journalisten Einblicke in die Arbeitsweise der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf das Land Brandenburg. Thematisch ging es dabei u.a. um die EU-Strukturfonds, europäische Energiepolitik und die EU-Gesetzgebung.

4. EU-Finanzrahmen 2014-2020 verabschiedet

Das EU-Parlament hat am 19. November dem Finanzrahmen für 2014-2020 zugestimmt. Der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen (MFR) wurde nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen im zweiten Anlauf von den EU-Abgeordneten bewilligt. Die finanzielle Obergrenze für die nächsten sieben Jahre beträgt 908 Milliarden Euro, etwa 39 Milliarden Euro weniger als noch im vorangegangenen MFR.



Zu den Prioritäten des Parlaments gehörten die Vorfinanzierung von 360 Millionen Euro für die Programme in den Bereichen Forschung (Horizon 2020), Bildung (Erasmus+) und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME). Diese Programme sind maßgeblich für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit, weshalb sie trotz der Austeritätsvorgaben weiterhin eine gesicherte Finanzierung genießen. Es wurden auch 3 Milliarden Euro für Jugendarbeitslosigkeit in Aussicht gestellt, wovon 900 Millionen sofort ausgegeben werden sollen.

Ein großer Teil des MFR (325 Milliarden Euro) fließt in die Strukturfonds zugunsten der ärmeren Regionen. 373 Milliarden Euro sind für die Gemeinsame Agrarpolitik vorgesehen, den somit noch immer größten Posten des EU-Finanzrahmens.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/parlament-billigt-eu-budget-2014-bis-2020-008258>

5. Strukturfonds und Agrarsubventionen neu beschlossen



Im November hat das Europäische Parlament der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2014 bis 2020 zugestimmt. Mit der Abstimmung erhalten die Entscheidungsträger vor Ort Planungssicherheit für die Endphase der Erarbeitung der Operationellen Programme. Im Rahmen der Strategie 2020 werden die EU-Strukturfonds auf die Schlüsselbereiche Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet.

Durch die neue Reform wird ein Schwerpunkt auf der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien, der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut liegen. Doch auch Projekte in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation erhalten künftig Vorrang bei der Finanzierung. Außerdem müssen die Mitgliedstaaten von nun an klar angeben, welche Ziele sie mit den Fördergeldern erreichen und wie sie die Fortschritte bei deren Umsetzung messen wollen. Die Vorbereitung der „Partnerschaftsabkommen“ zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission wurde dabei so ausgebaut, dass die regionalen und lokalen Akteure von nun an stärker involviert werden.

Das dritte Schlüsselement ist der Plan der EU, erstmalig Bedingungen an die Förderung zu knüpfen, die von den Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen. Dieser Mechanismus könnte im Falle eines makroökonomischen Ungleichgewichts oder übermäßigen Defizits auch die Aussetzung der Förderung eines Mitgliedstaats bedeuten. Die Möglichkeit der Kommission, in solchen Fällen regulativ einzugreifen, fällt unter den Begriff der sogenannten makroökonomischen Konditionalitäten. Falls sich die EU-Kommission dazu entscheidet, die Zahlung von Fördergeldern einzustellen, kann das Parlament aber mit der Kommission in einen Dialog treten und so sein Recht auf genaue Überprüfung ausüben.

Was das größte Budget im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, die Gemeinsame Agrarpolitik, angeht, so waren Kommission, Rat und Europäisches Parlament bereits Ende September zu einer politischen Einigung über die wenigen Punkte der GAP-Reform gekommen, die nach der am 26. Juni erzielten ersten Einigung über die Reform noch offen waren. Im November hat das Europäische Parlament in Straßburg die Reform nun förmlich genehmigt.

Die Reform soll im Jahr 2015 in Kraft treten und beinhaltet zahlreiche nationale Gestaltungsspielräume. So sieht die Reform unter anderem vor, dass die Direktzahlungen ab einer Höhe von 150.000 Euro um fünf Prozent gekürzt werden. Das kann dann ganz entfallen, wenn der Mitgliedstaat eine Zusatzförderung für die ersten Hektare einführt. Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hatte sich im Januar im Hinblick auf die Anwendung einer Kürzung von Direktzahlungen in großen Betrieben für eine verpflichtende Einführung ausgesprochen. EU-Kommission und EU-Parlament hatten vorgeschlagen, die Beihilfen zu kappen, also keinem Agrarbetrieb mehr als 300 000 Euro pro Jahr zu zahlen. Bei einer vernünftigen Ausgestaltung dieses Vorschlags hätte man Großbetrieben von ortsansässigen Landwirten die Chance gegeben, sich zu teilen. Insgesamt dürfte die durchschnittliche Betriebsprämie pro Jahr und Hektar in Brandenburg ab 2014 von bislang 305 Euro auf 260 bis 270 Euro sinken.

Die ostdeutschen Großbetriebe werden in der kommenden Förderperiode zwar weniger und kleine Höfe mehr Geld bekommen, dennoch wurde das Hauptziel verfehlt, wodurch sich leider gerade hier im Land Brandenburg der Trend der Ausbreitung auswärtiger Finanzinvestoren in der Landwirtschaft fortsetzen wird. Was die kleinen Bauern angeht, so haben die deutschen Agrarminister auf der Grundlage der EU-Vorgaben nun beschlossen, die ersten 46 Hektar mit Sonderzuschlägen zu versorgen. Die Kürzungen schlagen bei den kleinbäuerlichen Betrieben also weniger stark zu Buche als befürchtet.

6. Malala Yousafzai erhält Sacharow-Preis für geistige Freiheit

Malala Yousafzai hat am Mittwoch, dem 20. November, den Menschenrechtspreis der Europäischen Union in Straßburg erhalten. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz würdigte die Schülerin als Heldin, die ihren "Einsatz für das Recht auf Bildung überlebt hat". Im Oktober hatte das Parlament Yousafzai den Preis einstimmig zuerkannt.



Die pakistanische Aktivistin Malala Yousafzai wird damit für ihr Engagement für Frauen- und Kinderrechte sowie für einen weltweiten Zugang zu Schulbildung geehrt. Die 16-Jährige, die als eine Symbolfigur für Freiheit und Selbstbestimmung zählt, hatte erst im Oktober 2012 einen Anschlag der radikal-islamischen Taliban überlebt. Yousafzai hatte im Internet über die Gewalttaten der Taliban im pakistanischen Swat-Tal berichtet.

Seit 1988 verleiht das Europäische Parlament den mit 50.000 Euro dotierten Sacharow-Preis an Persönlichkeiten und Organisationen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen. Der Namensgeber des Preises, Andrei Sacharow, war Physiker in der ehemaligen Sowjetunion und gründete in den 1970er Jahren einen Ausschuss zur Durchsetzung der Menschenrechte und zur Verteidigung

politisch Verfolgter. 1975 wurde ihm wegen seinen Bemühungen für eine offene und rechtsstaatliche Gesellschaft der Friedensnobelpreis verliehen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.euoparl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130917STO20111/html/Sacharow-Preis-Aktivistin-Malala-Yousafzai-erh%C3%A4lt-Menschenrechtspreis-2013>